

Zusammenfassung des Diskussionsabends vom 03. Februar 2015

Mit Andrea Schiele vom DGB

Frauen machen bislang nur einen kleinen Teil der rechtsextremen Szene aus, aber ihre Zahl wächst. Sie sind fester Bestandteil der Szene - und mindestens so radikal wie die Männer.

Jeder 5. Neonazi in Deutschland ist eine „Sie“. In der NPD stellen sie beispielsweise nur ein Fünftel der Mitglieder und einen Bruchteil der Funktionäre. In der Männerwelt des Rechtsextremismus galten sie lange Zeit als Risiko, weil die Beziehung zu einer Frau häufig der Grund für junge Mitläufer war, sich wieder aus der Szene zu lösen. Um dem vorzubeugen, werden sie mittlerweile stärker in Strukturen integriert.

Ihre Rolle bleibt jedoch vorrangig als Helferin und Mutter definiert – um die völkischen Ziele der Bewegung zu erreichen. Immer häufiger sind Frauen auch auf rechtsextremen Demos zu sehen, treten als auch mal als Rednerinnen auf und stärken die braune Bewegung als Fußvolk aus dem Hintergrund. Strategisch werden sie eingesetzt, um mehr Akzeptanz für die rechte Bewegung zu gewinnen. Die Frauen sollen als die nett und harmlos rüberkommen auch in Abgrenzung zum Glatzen- Springerstiefel- und Hakenkreuzimage.

Dies hat auch zur Folge, dass Frauen bei rechtsextremistischen Straftaten häufig zunächst nicht in den Kreis der Verdächtigen aufgenommen werden.

Zwischen den Frauen in Ost und West gibt es auch kleine Unterschiede. So werden Frauen in Westdeutschland eher in einer rechtsextremen Szene aktiv, in der ein traditionelles Frauenbild vorherrscht, wohingegen die Frauen in den neuen Bundesländern auch den Anspruch haben, politischen Einfluss zu gewinnen. Ostdeutsche Frauen sind auch viel stärker durch einen Anti-Globalisierungskurs geprägt. Als Ursache hierfür wird die stärkere Emanzipation der Frauen im Osten genannt. Möglicherweise sind dort aber auch die Männer emanzipierter als die westdeutschen Männer, die Frauen in höheren Parteiämtern nicht dulden wollen.

Anhand von Frauen in der „Szene“ wurde verdeutlicht wie präsent diese auf der politischen Bühne agieren.

Nach einigen angesprochenen Diskussionspunkten ergaben sich für die interessierten Zuhörer folgende Schlussfolgerungen:

- Angesichts der beschriebenen Entwicklungen müssen wir uns fragen, welche Angebote Politik und Gesellschaft machen können. Neonazi-Mädchen und -Frauen müssen als politisch handelnde Akteurinnen und nicht als eher harmlose, unpolitische Mitläuferinnen wahrgenommen werden.
- Zum Umgang mit Kindern aus "nationalen Familien" müssen spezielle pädagogische Ansätze entwickelt werden.

- Die Jugendarbeit vor Ort muss verstärkt werden. Mädchen, aber auch Jungen, brauchen mehr Angebote und AnsprechpartnerInnen. Dazu brauchen die Jugendlichen auch Räume, in denen eine vertrauensvolle Ansprache überhaupt erst möglich wird.
- Es müssen spezifische und auf die aktuellen Entwicklungen in der Neonazi-Szene zugeschnittene Angebote für Mädchen und Frauen entwickelt und unterbreitet werden.
- In Kitas und Schulen müssen von Anfang an Demokratie und Menschenrechte gelehrt und gelebt werden.
- Frauen und Kinder müssen vor häuslicher Gewalt, die bei Paaren aus der Neonazi- Szene keine Seltenheit zu sein scheint, besser geschützt werden.
- Wir brauchen speziell auf Frauen abgestimmte Ausstiegsprogramme. Gewaltschutz für die Frauen – und ggf. ihre Kinder - muss ein Aspekt dieser Programme sein.
- Für Angestellte von Kommunalverwaltungen, Polizeibehörden und Bürgerämter müssen Fortbildungsprogramme mit Informationen über die Neonazi-Szene angeboten werden.
- Initiativen vor Ort müssen von PolitikerInnen auf Bundes- Länder- und Kommunalebene ideell und materiell ausreichend unterstützt werden.

Die bestehenden Bundesprogramme müssen wieder stärker zivilgesellschaftlich ausgerichtet werden, damit Initiativen vor Ort problemspezifisch und ohne bürokratische Hürden forschen, beraten und helfen können.

Im Vordergrund aller Strategien muss die Prävention stehen. Angebote sollten sich ebenso an Nazi-AnhängerInnen richten wie an Jugendliche, die sich ambivalent gegenüber rechtsextremen Angeboten verhalten, aber noch nicht in die rechte Szene integriert sind. Und an Kinder, die drohen, in die rechtsextreme Szene hineinzuwachsen. Aufklärungsarbeit ist dabei ein ganz wesentlicher Baustein. Die pädagogischen Angebote müssen dazu geeignet sein, politische Gegenpositionen zum Rechtsextremismus zu stärken. Jugendliche brauchen Unterstützung, um sich nicht als AußenseiterInnen (im rechten Mainstream) zu verstehen.